Multi-Item-Skala zu Projekt:

Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures

---

Fragetext:

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Antwortkategorien:

1 - Stimme überhaupt nicht zu
2
3
4
5
6
7 - Stimme voll und ganz zu
Weiß nicht

Eingesetzte kognitive Technik/en:

Comprehension Probing, Category Selection Probing.

Alle Items zur Frage(Fragetext):

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

-> die getesteten Items:

Itemtext:

Wichtige politische Entscheidungen sollten nur mit Zustimmung aller Betroffenen getroffen werden.

Empfehlungen:

Da die Interpretationen des Begriffs "Betroffene" variieren und dies einen (vermutlich systematischen) Einfluss auf die Beantwortung des Items hat, empfehlen wir, den Begriff zu konkretisieren. Hier eine mögliche Umformulierung:

"Wichtige politische Entscheidungen sollten nur mit Zustimmung der Vertreter aller betroffenen Gruppen getroffen werden."

Befund zum Item:

Bis auf einen Befragten, der die Kategorie "weiß nicht" gewählt hat, konnten sich alle Testpersonen einem Skalenwert zuordnen. Dabei nutzen sie die volle Skalenbreite und verteilen sich relativ gleichmäßig auf die einzelnen Skalenwerte.

Die Antworten der Befragten auf die Specific Probe (*"An welche Betroffenen haben Sie beim Beantworten der Aussage gedacht?"*) lassen sich in drei Gruppen kategorisieren:

Etwa 50% der Befragten geben an, an bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Minderheiten (Homosexuelle, Migranten usw.) bzw. allgemein an Gruppen, die von den jeweiligen Entscheidungen direkt betroffen sind, gedacht zu haben:

- *"Erkrankte und behinderte Menschen, Kinder, Migranten"* (TP 22)
- *"An alle, die die Entscheidung betrifft!"* (TP 70)

38% der Testpersonen haben den Begriff "Betroffene" sehr weitreichend interpretiert und an die Gesamtheit aller Bürger gedacht (im Sinne von "von politischen Entscheidungen sind immer alle Bürger betroffen"):

- *"Alle Betroffenen, das sind für mich alle Bürger."* (TP 55)
- *"Das geht nicht! Zustimmung aller Betroffenen kann und wird niemals funktionieren. Das bekommt man nicht hin. So sehr man sich auch bemüht."* (TP 57)

Vier Testpersonen denken bei der Beantwortung der Frage ausschließlich an Politiker und andere Volksvertreter in politischen Gremien, also an "Betroffene", die an den politischen Entscheidungen, die in der Aussage genannt werden, mitwirken:

- *"Gewählte Politiker und fachlich ausgebildete Personen/ Gremien."* (TP 41)
- *"Als Betroffene gelten für mich die Menschen, die von der Bevölkerung als ihre Vertreter zu diesen Fragen gewählt wurden."* (TP 52)

Die vorliegenden Daten weisen darauf hin, dass die unterschiedlichen Interpretationen der Befragten einen Einfluss auf die Beantwortung des Items haben: Testpersonen, die an bestimmte Bevölkerungsgruppen denken, stimmen der Aussage eher zu (24x Skalenwerte 5-7 vs. 17x Skalenwerte 1-3), während Personen, die an die Gesamtheit aller Bürger denken, der Aussage eher nicht zustimmen (18x Skalenwerte 1-3 vs. 13x Skalenwerte 5-7). Testpersonen in der ersten Gruppe argumentieren meist, dass diejenigen Gruppen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch ein Mitspracherecht haben sollten, während Befragte in der zweiten Gruppe meist argumentieren, dass ein Konsens aller Bürger utopisch und nicht erreichbar ist. Von den vier Testpersonen, die vornehmlich an Politiker denken, stimmen drei Testpersonen der Aussage (eher) zu (Skalenwerte 5-7) und eine Person eher nicht zu (Skalenwert 2).

Thema der Frage:

Politik/ Einstellungen, Bewertungen & Ideologien

Konstrukt:

Gewichtung von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz

Itemtext:

Wichtige politische Entscheidungen sollten im Gespräch und nicht durch eine bloße Abstimmung getroffen werden.

Empfehlungen:

Item belassen.

Befund zum Item:

Bei dieser Aussage können sich alle Befragten einem Wert zuordnen und nutzen dabei die gesamte Skalenbreite aus. Die große Mehrheit der Testpersonen stimmt diesem Item zu (59%, Skalenwerte 5-7) oder wählt den mittleren Skalenwert 4 (24%). Lediglich 17% der Testpersonen stimmen dem Item (eher) nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3).

Auf die Nachfrage, warum sich die Testpersonen für ihre jeweilige Antwort entschieden haben (Category Selection Probing), geben 42% der Befragten an, dass sie generell (d.h. unabhängig von der konkreten politischen Entscheidung) gesprächsbasierte Entscheidungsverfahren gegenüber bloßen Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip bevorzugen:

- *"Wenn es denn eine Lösungsmöglichkeit durch Gespräche gibt, ist das immer einer Abstimmung vorzuziehen, bei der es ja immer Sieger und Verlierer gibt."* (TP 02, Antwort: 7)
- *"Es sollten alle ihre Meinung äußern, begründen und erläutern, als einfach nur dafür oder dagegen zu sein"* (TP 35, Antwort: 6)

Nur etwa 5% der Testpersonen geben an, dass sie generell Abstimmungen gegenüber Gesprächen vorziehen:

- *"Eine Abstimmung gibt einem klare Zeichen."* (TP 01, Antwort: 2)
- *"Ansonsten kommt man nie zu einer Entscheidung."* (TP 90, Antwort: 2)

12% der Befragten geben an, dass es auf die konkrete Situation bzw. politische Entscheidung ankomme, ob Gespräche oder Abstimmungen zielführender und daher zu bevorzugen seien:

- *"Ist manchmal möglich und manchmal nicht. Wir können nicht jede Kleinigkeit ausdiskutieren."* (TP 26, Antwort: 4)
- *"Ich denke es kommt immer darauf an was entschieden werden soll, ob man da ein Gespräch braucht oder nicht sollte eine Einzelfallentscheidung sein."* (TP 40, Antwort: 4)

Zu guter Letzt argumentieren 32% der Testpersonen, dass politische Entscheidungen weder ausschließlich auf Basis von Gesprächen noch ausschließlich auf Basis von Abstimmungen getroffen werden sollten. Diese Befragten sind der Meinung, dass beide Verfahren möglichst miteinander kombiniert werden sollten:

- *"Erst diskutieren, eigene Meinung bilden, dann abstimmen."* (TP 20, Antwort: 4)
- *"Vor einer Entscheidung ist sicher eine sachliche Diskussion erforderlich, allerdings ist eine abschließende Abstimmung in jedem Fall notwendig."* (TP 36, Antwort: 2)

Thema der Frage:

Politik/ Einstellungen, Bewertungen & Ideologien

Konstrukt:

Gewichtung von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz

Itemtext:

Nicht alle Konflikte lassen sich durch Diskussion und Verhandlungen lösen. Meist sind Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung.

Empfehlungen:

Sofern dieses Item als gegensätzlich und nicht als komplementär zu Item 4 interpretiert werden soll, empfehlen wir, das Item umzuformulieren. Durch eine analoge Formulierung zu Item 4 würde vermutlich deutlicher werden, dass es bei dieser Aussage um die (teilweise) Ablehnung gesprächsbasierter Entscheidungsverfahren geht, während Item 4 auf die (teilweise) Ablehnung des Mehrheitsprinzips abzielt:
"Wichtige politische Entscheidungen sollten nur durch Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip getroffen werden."

Befund zum Item:

Bei dieser Aussage können sich ebenfalls alle Testpersonen auf der Antwortskala verorten und auch hier nutzen sie die volle Skalenbreite. Analog zu Item 4 stimmt auch hier die große Mehrheit der Testpersonen dem Item zu (66%, Skalenwerte 5-7) oder wählt den mittleren Skalenwert 4 (20%). Lediglich 14% der Testpersonen stimmen dem Item eher nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3).

Auf die Category Selection Probe (*"Bitte erläutern Sie Ihre Antwort noch etwas näher. Warum haben Sie sich für diese Antwort entschieden?"*) gibt die Hälfte der Befragten (50%) an, dass meist Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung seien. Davon erklären 39%, dass selbst bei vorangegangenen Diskussionen am Ende immer Abstimmungen erfolgen müssen, um zu einer Entscheidung zu kommen:

- *"Wenn Diskussionen sich festgefahren haben und nicht mehr argumentiert wird [dann muss abgestimmt werden]."* (TP 15, Antwort: 6)
- *"Wenn durch Gespräche nichts erreicht wird, sollte eine Abstimmung entscheiden."* (TP 47, Antwort: 5)

Etwa 15% der Befragten befürworten eine Entscheidungsfindung auf Basis von Gesprächen und Diskussionen gegenüber einer Entscheidungsfindung auf Grundlage von Abstimmungen. Davon argumentieren jedoch ebenfalls 10%, dass Gespräche nicht immer zu Entscheidungen führen können und es daher aus pragmatischen Gründen zwangsläufig irgendwann zu einer Abstimmung kommen muss:

- *"Wenn es denn nicht anders geht, weil Gespräche erfolglos blieben, man aber zu einer Entscheidung kommen muss, dann ist eine Abstimmung immer noch besser als ein Diktatorenwort. [...]"* (TP 02, Antwort: 5)
- *"Abstimmungen immer erst wenn sich durch anhaltende Gespräche keine Lösung findet – und auch nur für vorübergehende Zeit bis neue Gespräche stattfinden können. Nur wenn es eine Notlage unbedingt zwingend erforderlich macht, dass eine Entscheidung umgehend getroffen wird."* (TP 50, Antwort: 3)

17% der Befragten geben explizit (ähnlich wie bei Item 4) an, dass eine Kombination aus Gesprächen und Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung sei:

- *"Nach Austausch von Argumenten muss eine Abstimmung Klarheit bringen."* (TP 27)
- *"Es stimmt, dass oft keine Lösung gefunden wird, die allen Beteiligten gefällt. In dem Fall kann eine Abstimmung hilfreich sein. Es ist aber trotzdem wichtig, darüber zu diskutieren. Insgesamt sollte ein gesunder Mittelweg gewählt werden."* (TP 95)

Auffällig ist bei diesem Item, dass 18% der Befragten ihre Antwort genauso begründen wie beim vorherigen Item 4. Vergleicht man die Antwortverteilungen der Items 4 und 5

sowie die Begründungen der Testpersonen für die Wahl ihrer Antworten, so wird deutlich, dass die beiden Items von den allermeisten Testpersonen nicht als gegensätzlich, sondern als komplementär wahrgenommen werden.

Thema der Frage:

Politik/ Einstellungen, Bewertungen & Ideologien

Konstrukt:

Gewichtung von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz

-> die nicht getesteten Items:

Itemtext:

Rechte von Minderheiten müssen auch vor Mehrheitsentscheidungen geschützt sein.

Thema der Frage:

Politik/ Einstellungen, Bewertungen & Ideologien

Konstrukt:

Gewichtung von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz

Itemtext:

Mehrheitsentscheidungen müssen gelten, auch wenn dadurch Rechte von Minderheiten eingeschränkt werden.

Thema der Frage:

Politik/ Einstellungen, Bewertungen & Ideologien

Konstrukt:

Gewichtung von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz